

# Gunter Schubert **Auf dem Weg in eine liberale** ra?

**Zum gegenwärtigen Stand der  
innerchinesischen Debatte  
über politische Reformen  
und Demokratisierung**

**Seit dem 15. Parteitag der KPChina im September 1997 hat in der VR China eine intensive gesellschaftliche und innerparteiliche Debatte über politische Reformen an, die in mehreren Versuchen der Gründung einer 'Demokratischen Chinesischen Partei' im Laufe des Jahres 1998 kulminierte. Obwohl das Regime mit Inhaftierungen führender Dissidenten reagiert, scheint sich eine neue Demokratiebewegung zu formieren. Anders als ihre Vorgänger setzt sie offenkundig stärker auf eine Strategie der Basismobilisierung. Aber selbst wenn ihr eines Tages der Schulterschluss mit der Arbeiterschaft und den Bauern gelingen sollte, ist eine Demokratisierung Chinas nur unter Beteiligung der Reformkräfte innerhalb der KPChina vorstellbar. Die entscheidende Frage ist, wie die Partei ihre Ideologie, den „Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten“, mit dem Prinzip des Parteienpluralismus verschmelzen kann, ohne sich selbst zur Disposition zu stellen.**

Im Laufe des Jahres 1998 wurde von der internationalen Chinabeobachtung wieder intensiver darüber diskutiert, ob es schon bald zu einer Wende in der chinesischen Innenpolitik kommen könnte und sich die KPChina auf einen Kurs der allmählichen politischen Reformen begeben wird. Zwar endete der in dieser Frage vielversprechende 15. Parteitag der KPChina im September 1997 ohne konkrete diesbezügliche Ergebnisse, aber in den darauffolgenden Monaten entfaltete sich eine gesamtgesellschaftliche Debatte über den Zustand des politischen Systems und die Notwendigkeit einer Demokratisierung, die hoffnungsfroh stimmte. Schon sprach man von einem neuen "politischen Frühling" in der VR China, als in zahlreichen Buchpublikationen gegen die Korruption und Mißwirtschaft des KP-Regimes gewettert, soziale Gerechtigkeit eingefordert und nach Gewaltenteilung, Rechtssicherheit und Wahlfreiheit verlangt wurde. Als der US-amerikanische Präsident Bill Clinton im Juni und Juli 1998 die VR China besuchte und das Land im Zentrum der internationalen Öffentlichkeit stand, wagten sich einige Dissidenten noch weiter vor und versuchten landesweit – wenn auch vergeblich –, eine Chinesische Demokratische Partei zu gründen. Einige dieser Dissidenten, so der bekannte Regimegegner Xu Wenli, wurden Ende des Jahres verhaftet. Die gesellschaftliche Debatte über politische Reformen scheint indes anzuhalten.

Auch innerhalb der KPChina wurde und wird weiter über die „Fortentwicklung der sozialistischen Demokratie“ diskutiert. Staats- und Parteichef Jiang Zemin höchstpersönlich hat sich angeblich der Sache

der politischen Reformen angenommen: Einflußreiche Kader und Akademiker in verschiedenen *think tanks* sowie verschiedene Beratergruppen denken seit längerem über einzelne Reformschritte nach und bemühen sich um deren Konzeptualisierung. Allerdings dringt nur wenig darüber an die Öffentlichkeit, und die Meinungsbildung in der Parteiführung ist kaum nachvollziehbar. Abgesehen von den bereits im vergangenen Jahr durch den damals neu berufenen Premierminister Zhu Rongji verkündeten Zielen einer Reduzierung der staatlichen Bürokratien und einer forcierten Korruptionsbekämpfung sind bisher keine definitiven Entscheidungen über die Reformierung des politischen Systems getroffen worden.

Die neuere Debatte über politische Reformen und Demokratisierung ist offenkundig eine Konsequenz des durch den fortschreitenden wirtschaftlichen und sozialen Wandel in der VR China erzeugten Problemdrucks für die intellektuellen und politischen Eliten des Landes. Die Intellektuellen, die sich im Anschluß an *tianamen* seit den frühen neunziger Jahren um eine Neuorientierung ihrer politisch-ideologischen Positionen bemühen, haben dabei ein bemerkenswertes Spektrum ausgebildet. Der Anti-Traditionalismus der achtziger Jahre wurde zunächst durch ein mehrdimensionales nationalistisches Denken ersetzt. Allmählich aber meldete sich auch der Liberalismus, der nach 1989 stark in die Defensive geraten war, wieder stärker zu Wort. Diese Entwicklung korrespondiert mit der wachsenden Erkenntnis innerhalb der KP-Führung, daß ihre Herrschaft auf eine neue legitimatorische Grundlage gestellt werden muß, um nicht vielleicht schon in naher Zukunft durch die gesellschaftlichen Folgewirkungen ihres wirtschaftlichen Reformkurses überrollt zu werden. Gleichzeitig spüren Chinas Dissidenten und Regimekritiker, daß sie diese Situation ausnutzen müssen, um der liberalen Idee und der Demokratiebewegung zu neuem Leben zu verhelfen, ohne dabei die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen.

Im folgenden soll zunächst die Entwicklung des politischen Denkens in der VR China seit den achtziger Jahren kurz nachgezeichnet werden, um deutlich zu machen, in welchem intellektuellen Kontext die derzeitige Reformdebatte steht. Danach geht es

um den Hintergrund bzw. den Reflex dieser Debatte auf der politischen Ebene, und zwar einmal mit Blick auf die regimeoppositionelle Sphäre und zum anderen auf jene von Staat und Partei. Abschließend werde ich cursorisch auf die Perspektiven der Implementierung politischer Reformen und für eine Demokratisierung in der VR China eingehen, also auf die Frage der möglichen praktischen Konsequenzen aus der jüngeren theoretischen Debatte sowie aus den erneuten Bemühungen der chinesischen Dissidenten, sich politisch zu organisieren.

### ■ Der intellektuelle Diskurs

‘Anti-Traditionalismus’ und ‘Kulturfieber’ waren die Kennworte des politischen Diskurses der chinesischen Intellektuellen in den achtziger Jahren, die unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Öffnung und des sozialen Wandels die Chance sahen, nun auch liberale Vorstellungen zu verwirklichen und mit einer politischen Demokratisierung ernstzumachen. Weil die KPChina sich diesem Streben jedoch mit dem Argument widersetzte, das jede antimarxistische Kritik letztlich antichinesisch sei, wendeten sich die Intellektuellen kurzerhand gegen die chinesische Kultur, die sich dann eben liberalisieren bzw. ‘westlichen’ müsse.<sup>1)</sup> Die traditionelle chinesische Kultur, die die Partei als ideologische Rückzugsbasis im Strudel des Reformprozesses einsetzen wollte, wurde einer kompromißlosen Fundamentalkritik durch die Intellektuellen ausgesetzt. Kulturelle Symbole wie etwa die ‘Große Mauer’ oder der ‘Gelbe Fluß’ verwandelten sich nun in Synonyme für nationale Rückständigkeit und gesellschaftlichen Stillstand, der Konfuzianismus wurde scharf angegriffen. Die auch im westlichen Ausland große Aufmerksamkeit erregende Fernsehserie *Heshang* brachte diese Kritik mit der Stilisierung des Gegensatzes zwischen der ‘gelben’ und der ‘blauen’ Kultur Chinas auf den Punkt – hier die bäuerlich-statische bzw. konservative gelbe, dort die maritim-entwicklungsfreudige bzw. moderne, daher auch allein zukunftsfähige blaue Kultur.

Gleichzeitig entspann sich eine Debatte zwischen den sogenannten Neo-Autoritaristen und ihren liberalen Gegnern im Dunstkreis der Partei.<sup>2)</sup> Wie sollte

1) Barret L. McCormick/David Kelly, „The Limits of Anti-Liberalism“, in: *Journal of Asian Affairs*, Jg. 53, Nr.3, August 1994, 820.

2) Ma Shuyun, „The Rise and Fall of Neo-Authoritarianism“, in: *China Information*, Jg. 5, Nr. 3, Winter 1990/91, 1-18.

die VR China politisch auf die großen gesellschaftlichen Veränderungen reagieren? Durch eine vorläufige Konzentration der Staatsmacht bei entschlossener Fortsetzung des wirtschaftlichen Reformkurses, also mit einer Strategie der zentral gesteuerten wirtschaftlichen Liberalisierung ohne voreilige, wohl aber allmähliche politische Demokratisierung? Oder durch rasche Schritte einer Öffnung des politischen Systems, um der Korruption zu begegnen, die Effizienz des Reformprozesses langfristig zu sichern, die entstehenden gesellschaftlichen Interessengruppen zur Herstellung der notwendigen Systemstabilität miteinzubinden und auf diesem Weg den angestrebten sozialen und politischen Frieden zu garantieren?

Die Niederschlagung der studentischen Demokratiebewegung 1989 setzte dieser Debatte ein vorläufiges Ende. In der VR China zog ein 'politischer Winter' ein, der durch den Versuch einer erneuten Einschwörung der politischen und militärischen Klasse auf den Sozialismus chinesischer Prägung mit den vier *Grundprinzipien*<sup>3)</sup> als die regimetragende Ideologie gekennzeichnet war. Der Sozialismus jedoch, mit welchen Attributen auch immer versehen, reichte nicht mehr hin. Die Partei schwenkte daher Anfang der neunziger Jahre verstärkt auf eine Kampagne zur Förderung von Patriotismus und des Aufbaus einer „sozialistischen geistig-kulturellen Zivilisation“ ein, durch die sich fortan ein „Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten“ auszeichnen sollte. Die Betonung des nationalen Ganzen im Zeichen von Sozialismus und sozialistischer Gesinnung sollte den 'Kitt' bereitstellen, mit dem die chinesische Gesellschaft zusammengehalten und die KP-Herrschaft perpetuiert werden konnte.

Gleichzeitig stimmten die Intellektuellen, deren liberale Stimmen nach 1989 zunächst weitgehend zum Schweigen verurteilt waren, in einen neuen Nationalismus ein.<sup>4)</sup> Dieser wandte sich äußerlich lautstark gegen eine so perzipierte westliche Bevormundung und Benachteiligung der VR China auf internationaler Ebene, so etwa bei der gescheiterten Olympiabewerbung der VR China für das Jahr 2000, durch die an der chinesischen Regierung ständig geübte Menschenrechtskritik oder wegen der 'Einmischung' westlicher Staaten in die Tibet- und die

- 3) Führung durch die Kommunistische Partei, demokratische Diktatur des Volkes, Festhalten am Sozialismus, Festhalten am Marxismus-Leninismus und dem Mao Zedong-Denken.
- 4) Zhao Suisheng, „Greatness and Nationalistic Writing in the 1990s“, in: China Quarterly, Nr. 152, Dezember 1997, 725-745.

Taiwanfrage. Möglicherweise war die teilweise von beachtlicher Aggressivität getragene anti-westliche Kritik Ausdruck einer Enttäuschung und psychologischen Kompensation der zuvor noch völlig auf den Westen fixierten Intellektuellen. Dieser hatte *tianamen* nicht verhindert oder hatte es nicht verhindern wollen, und er machte sich schon bald wieder mit dem Regime in Beijing gemein. Weil sich die Enttäuschung über die gescheiterte Demokratiebewegung nicht gegen das eigene übermächtige Regime richten konnte, wendete sie sich gegen den Westen, insbesondere gegen die USA.

Diese sozialpsychologische Erklärungsvariante für den neuen intellektuellen Nationalismus der neunziger Jahre ist jedoch nur eine von mehreren. Man darf in diesem Zusammenhang nicht übersehen, daß der Traum von einem starken und prosperierenden China eine Konstante im geistigen Leben des Landes ist – ein Traum, der seit mehr als 100 Jahren immer wieder wechselnd auf Verwestlichung oder auf den nationalen Schulterschuß und eine eigene chinesische Moderne setzt. Der Paradigmenwechsel von den achtziger zu den neunziger Jahren steht insofern in einer mehr als hundertjährigen Tradition der intellektuellen Auseinandersetzung Chinas mit dem Westen.

Der neue Nationalismus der letzten Jahre, der mit Blick auf die Debatte über die innergesellschaftliche Lage und die daraus resultierenden Erfordernisse praktischer Politik auch als Neokonservatismus bezeichnet wurde<sup>5)</sup>, artikuliert sich bis heute mehrdimensional, nämlich politisch, ökonomisch und kulturell. So forderten die Intellektuellen politisch eine Stärkung und Effizienzsteigerung des Zentralstaates und ökonomisch die Setzung einer klaren Priorität zugunsten der Wirtschaftsreformen. Herzustellen war diesem Denken zufolge gleichzeitig ein nationalistischer Konsens, der die zunehmend leere Hülle der sozialistischen Ideologie würde ausfüllen und den Primat des kollektiven vor dem individuellen Interesse überzeugend vermitteln könne.

Auf der kulturellen Seite kam es zu einer Neubewertung der chinesischen Kultur, die nun erneut als 'Identitätsanker' für eine Bevölkerung fungieren sollte, die nach dem Ende des real existierenden Sozialismus im ehemaligen Ostblock sowie

5) Gunter Schubert, „Was ist Neokonservatismus? – Notizen zum politischen Denken in der VR China in den 90er Jahren“, in: *Asien*, Nr. 65, Oktober 1997, 57-74.

durch die sich wandelnden gesellschaftlichen Verhältnisse in der VR China orientierungslos zu werden drohte und unzufrieden war, und die gegen die angeblich bedrohlichen, dekadenten Einflüsse des Westens gewappnet werden mußte. Der Aufbau eines chinesischen Bewußtseins, die tentative Konzeptualisierung eines dritten Weges zwischen Kapitalismus und Sozialismus und die Universalisierung der chinesischen Zivilisation standen auf dem Programm der Kulturnationalisten. Zumindest in der Abgrenzung vom Westen konvergierte dieses Denken mit den 'Feldzügen' der KPChina gegen die sogenannte westliche Evolution (*heping yanbian*) und konnte daher von ihr nur begrüßt werden.

Trotz der nationalistischen bzw. neokonservativen Welle des politischen Denkens der neunziger Jahre blieb ein an westlichen Vorstellungen orientierter Liberalismus, wie er sich auch durch die Debatte um den Neo-Autoritarismus der späten achtziger Jahre gezogen hatte, durchaus lebendig. Zwar konnten sich die Liberalen in den ersten Jahren nach *tiananmen* kaum mehr äußern, doch vereinzelt meldeten sie sich trotzdem zu Wort.<sup>6)</sup> Sie kritisierten in den zahlreichen, im Laufe der neunziger Jahre allenthalben neu entstehenden Zeitschriften im Lande selbst sowie in ausländischen Druckerzeugnissen – vor allem Hongkonger Provenienz – das Fehlen politischer Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger und sahen in der studentischen Protestbewegung von 1989 eine notwendige Konsequenz dieses Tatbestandes. Herrschaftskontrolle durch Partizipation und Gewaltenteilung sowie die Förderung einer Zivilgesellschaft wurden zu zentralen Themen dieser Intellektuellen, obwohl sie kaum ein gesellschaftliches Echo fanden. Das änderte sich erst, als die KPChina selbst verstärkt über politische Reformen im Rahmen des „Sozialismus chinesischer Prägung“ nachzudenken begann und ihre Führungsspitze im Vorfeld des 15. Parteitags parteinahe Wissenschaftlicher und Intellektuelle zur Ausarbeitung entsprechender Expertise aufforderte.

Auch die Asienkrise gab den liberalen Intellektuellen Rückenwind. Sie schien die Grenzen der Leistungsfähigkeit des starken und autoritären Staates in Frage zu stellen. Die Geschehnisse in Indonesien klar vor Augen, erkannten parteinahe Kreise

6) Ding Yijian, „Pre- and Post-Tiananmen Conceptual Evolution of Democracy in Intellectual Circles' Rethinking of State and Society“, in: *Journal of Contemporary China*, Juli 1998, 229-256.

die wachsende Bedeutung von politischen Reformen für die Fortsetzung des Modernisierungsprozesses unter der Führung der KPChina. Durch die daraus resultierende Nachfrage nach 'guten Ideen' erhielt die gesamte Debatte mehr Freiraum, gewann an Publizität und mündete im Frühjahr 1998 schließlich in jenem bereits erwähnten ‚politischen Frühling‘, als in verschiedenen aufsehenerregenden Buchpublikationen scharfe Kritik an den Auswüchsen der kommunistischen Parteiherrschaft geübt und strukturelle Reformen auf politischer Ebene angemahnt wurden. Diese Forderungen konnten häufig nur antithetisch – also nicht explizit – aus den einzelnen Analysen geschlossen werden, denn jenseits dessen, was die KPChina selbst an Reformüberlegungen angestellt hat, begeben sich die liberalen Kritiker politisch auf sehr dünnes Eis. Dennoch schreckten einige von ihnen nicht davor zurück, über die von der Partei gesteckten Grenzen hinauszugehen.

Die liberale Fraktion (*ziyoupai*), wie sich diese Intellektuellen häufig selbst bezeichnen, hat in etwa die folgende Plattform, die sich in wechselnden Akzentuierungen in allen ihren Veröffentlichungen und Stellungnahmen wiederfindet: Die chinesische Regierung ist strukturell auf eine Planwirtschaft ausgerichtet, die es heute nicht mehr gibt. Die Bürokratien sind zu groß und zu korrupt, müssen also reduziert und einer schärferen öffentlichen Kontrolle unterworfen werden. Beamte müssen sich um die Belange der Bürger kümmern und dürfen nicht ständig auf Befehle von oben reagieren. Dies wiederum erfordert die Einführung von Wahlen, eines starken Rechtssystems und den Respekt vor individuellen Rechten, die durch keinen Ideologievorbehalt der KPChina beschränkt werden dürfen. Abgesehen davon muß es bei der politischen Flankierung des wirtschaftlichen Reformprozesses zukünftig weniger um eine Konzentration der politischen Macht in Beijing gehen, sondern um eine Effizienz und Transparenz garantierende *Dezentralisierung* der politischen Steuerung und Entscheidungsfindung im Staat.<sup>7)</sup> Einige Beispiele für die "Umtriebe" der *ziyoupai*, sollen im folgenden genannt werden:

– Im Februar 1998 fand in Beijing auf Einladung des prominenten Wirtschaftswissenschaftlers Mao Yushi eine Konferenz statt, auf der Friedrich

7) Vgl. hierzu *Far Eastern Economic Review*, 2. April 1998, 20ff.

Hayeks *Die Verfassung der Freiheit* zur Diskussion stand, das Werk eines überzeugten Wirtschaftsliberalen und liberalen Gesellschaftstheoretikers also, der nicht weiter vom orthodoxen Sozialismus hätte entfernt stehen können.

- Der Beijinger Wirtschaftsprofessor Shang Dewen, der bereits seit mehr als 40 Jahren der KP China angehört, veröffentlichte im August 1997 sowohl im In- als auch im Ausland ein Memorandum, in dem er einen auf eine Dauer von 25 Jahren angelegten Implementierungsplan für politische Reformen entfaltete. Darin trat er u.a. für freie Wahlen auf allen Verwaltungsebenen sowie für die Pressefreiheit ein.
- Der einflußreiche liberale Politikwissenschaftler Liu Junning sowie die beiden Redakteure des *People's Daily*, Ma Licheng und He Qinglian, veröffentlichten in diesem Frühjahr aufsehenerregende Bücher, in denen sie nicht nur scharfe Kritik an der grassierenden Korruption und Behördenwillkür übten, sondern einen mehr oder minder eindeutigen Zusammenhang zwischen dem zukünftigen Erfolg der Wirtschaftsreformen einerseits und einer Beschränkung der öffentlichen Gewalt sowie der Errichtung eines unabhängigen Rechtssystems andererseits formulierten.<sup>8)</sup>

Man könnte die Beispiele beliebig lange fortsetzen. Sie alle zeigen, daß Chinas liberale und regimekritische Intellektuelle zumindest gedanklich den Schritt in den demokratisch-pluralistisch, möglicherweise sogar föderal verfaßten Rechtsstaat vollzogen haben. Zwar hüten sie sich noch davor, offen die Einführung eines Mehrparteiensystems bzw. die Aufhebung des Machtmonopols der KPChina zu verlangen, aber um nichts anderes geht es ihnen. Voreilig waren somit die Vermutungen manches Chinabeobachters, der den Liberalen nach 1989 einen nationalistischen Schwenk oder opportunistisches Anbieten an die Macht vorgeworfen hatte. Vielmehr war die Bühne des nationalistischen Diskurses die einzige Möglichkeit, sich überhaupt politisch zu äußern und zumindest auf diesem Umweg die bestehenden Verhältnisse zu kritisieren. Der Vorwurf des Opportunismus wiederum fällt allzu leicht, wenn man ihn von 'draußen' erhebt. Wichtig ist, daß unter den Bedingungen eines sich vorsichtig dem Thema politischer Reformen zuwen-

8) Liu Junning (Hg.), *Beida chuantang yu jindai zhongguo* (Die Tradition der Beida und das moderne China), Beijing 1998; Ma Licheng, *Jiaofeng* (Die Schwerter kreuzen), Beijing 1998; He Qinglian, *Xiandaihua de xianjing* (Die Falle der Modernisierung), Beijing 1998.



denden KP-Regimes liberales Gedankengut wieder entschlossen in die gesellschaftliche Debatte eingebracht wird.

### ■ **Der politische Hintergrund und Reflex der Reformdebatte**

Die Debatte unter Chinas liberalen Intellektuellen, die vor allen in der ersten Jahreshälfte 1998 aufblühte, griff rasch auf die politisierten und politisch-aktiven Teile der chinesischen Gesellschaft über. An den renommierten Universitäten des Landes, vor allem in der Hauptstadt Beijing, kam es wieder zu hitzigen Debatten unter Studenten. In den großen Buchhandlungen der Stadt wurden Lesungen und Diskussionen veranstaltet, in denen sich auch die 'normalen Leute' zu Wort meldeten. Aber es wurde nicht nur geredet. Es wurde auch gehandelt.

9) Vgl. zu den folgenden Ausführungen Sebastian Heilmann, „Chinas Dissidenten formieren sich neu“, in: *China aktuell* 9/98, 933ff.

#### *Neuformierung der Demokratiebewegung?*<sup>9)</sup>

Gleich zu Beginn des Staatsbesuchs von Präsident Clinton Mitte 1998 versuchten einige Dissidenten in Hangzhou (Zhejiang), eine 'Demokratische Partei Chinas' offiziell registrieren zu lassen. Angesichts der durch die Visite hergestellten internationalen Öffentlichkeit wurde diese Aktion zunächst nur schwach sanktioniert. Die zuständige Behörde lehnte den Antrag ab, und die Dissidenten wurden nach einem kurzen Sicherheitsgewahrsam wieder auf freien Fuß gesetzt. Als im darauffolgenden September durch den Besuch der UN-Menschenrechtskommissarin Mary Robinson die Welt wiederum nach China blickte, bemühten sich gleich mehrere Dissidentengruppen in Wuhan, Jinan, Shenyang, Changchun, Harbin, Shanghai und Beijing sowie in der Provinz Shandong um eine Registrierung der neuen Partei. Die Reaktionen der Behörden fielen unterschiedlich aus. Fast immer wurden die Antragsteller zumindest kurzzeitig inhaftiert, aber in Wuhan und Jinan stellte man ihnen zumindest anfänglich eine Genehmigung ihres Antrags in Aussicht, sofern bestimmte administrative Auflagen erfüllt würden.

Darüber hinaus soll es ebenfalls im Monat September in verschiedenen Provinzen (Henan, Zhejiang, Jiangsu, Anhui, Jiangxi, Sichuan, Hunan) zum Versuch der Gründung einer unabhängigen Vereini-

gung zur Korruptionsüberwachung gekommen sein. Oppositionelle um den Alt-Dissidenten Xu Wenli kündigten zudem die Einrichtung eines Koordinierungsbüros für Bürgerrechtler an und verschiedene Dissidenten bekundeten ihre Absicht, bei anstehenden Volkskongreß-Wahlen auf lokaler Ebene als unabhängige Kandidaten antreten zu wollen. Zahlreiche Petitionsschriften und offene Briefe ergingen an die chinesische Führung, darunter am 22. September ein von 179 Dissidenten aus 23 Provinzen aufgesetztes Schreiben, in dem die Freilassung von drei inhaftierten Gesinnungsgenossen gefordert wurde.

Schließlich kamen Ende September 1998 zwei Deklarationen in Umlauf, die die in der intellektuellen Debatte formulierte liberale Kritik an der Herrschaft der KPChina noch einmal auf den Punkt brachten und konkrete politische Forderungen daraus ableiteten.<sup>10)</sup> Es handelte sich dabei zum einem um eine „Deklaration über bürgerliche Rechte und Freiheiten“, zum anderen um eine „Deklaration über bürgerliche Rechte und soziale Gerechtigkeit“. Wenn man sich die einzelnen Forderungen dieser Deklarationen betrachtet, gewinnt das von der chinesischen Demokratiebewegung angestrebte neue politische System rasch an Konturen: So wird in der „Deklaration über bürgerliche Rechte und Freiheiten“ die Anerkennung der Universalität der Menschenrechte auf der Basis der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der beiden Pakte über „bürgerliche und politische Rechte“ sowie über „wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ von 1966 gefordert, die mittlerweile beide von der VR China unterschrieben worden sind.<sup>11)</sup> Ferner sollen die Eigentumsrechte der Bürger garantiert, das Herrschaftsmonopol der KPChina abgeschafft, die Unabhängigkeit der Justiz hergestellt und die Vereinigungsfreiheit für Arbeiter und Bauern hergestellt werden. Interessant ist die Feststellung der Deklaration, daß die Chinesen bislang stets nur ein schwach ausgeprägtes Gefühl für individuelle Interessen und Freiheiten besaßen und in einem „historischen Kreislauf imperialer Autokratie“ gefangen sind, aus dem es auszubrechen gilt. Nicht das „nationale Interesse“ muß gewahrt, sondern die „unabhängige Personalität des Bürgers“ ermöglicht werden.

10) Teile der Deklarationen in englischer Übersetzung finden sich als Anhang in Heilmann, a.a.O., 936ff.

11) Der „Sozialpakt“ wurde im Oktober 1997, der „Zivilpakt“ im Oktober 1998 unterschrieben. Für beide Vertragswerke steht die Ratifizierung durch den Nationalen Volkskongreß noch aus.

Die „Deklaration über bürgerliche Rechte und soziale Gerechtigkeit“ listet zunächst zentrale Fehlentwicklungen des chinesischen Reformprozesses der letzten Jahre auf – vor allem den korrupten Kaderkapitalismus und die an Geschwindigkeit zunehmende Spaltung der Gesellschaft in arm und reich –, um dann konkrete Reformmaßnahmen zu verlangen: Die Aufdeckung (und Korrektur) der illegalen Aneignung von Staatsbesitz, die Reprivatisierung des Bodens in den ländlichen Gebieten, die Reduzierung der Staatsbürokratie, das Verbot des Zugriffs von politischen Parteien auf die Staatskasse, die Verabschiedung neuer Arbeitsgesetze und die Schaffung eines effizienten Sozialversicherungssystems, die Zulassung unabhängiger Gewerkschaften und Bauernvereinigungen, die Aufhebung der Pressezensur und des Verbots der Gründung politischer Parteien, die Einführung direkter Wahlen (auf allen Ebenen) und die Herstellung einer ausbalancierten und ihren Namen verdienenden Gewaltenteilung. Ausdrücklich wird in der Deklaration betont, daß nicht Reichtum an sich in Frage gestellt wird und daß eine Rückkehr zum alten Egalitarismus in eine Sackgasse führen würde. Allein um die Herstellung sozialer Gerechtigkeit – verstanden als Gleichheit der Chancen – mit „friedlichen, rationalen Methoden auf der Basis von Demokratie und der Herrschaft des Rechts“ muß es zukünftig gehen. Schärfer kann man Regimekritik und Programm einer politischen Opposition kaum mehr formulieren.

Neben den Bemühungen um die Gründung einer unabhängigen Oppositionspartei sowie um die politische Mobilisierung der Bevölkerung durch eine schonungslose Thematisierung der sozialen Mißstände und der Korruption im Land hat sich in den letzten Jahren zunehmend gezeigt, daß Chinas Dissidenten die Reformierung des Rechtssystems für ihre Zwecke nutzen. So berufen sie sich heute auf die verschiedensten Gesetze des Straf- und Verwaltungsrechts sowie nun auch auf die von der chinesischen Regierung unterzeichneten Menschenrechtspakte, um zu ihrem Recht zu kommen bzw. Rechtsverletzungen der Behörden zu ahnden. Zwar läßt sich auf diese Weise keine Revolutionierung des politischen Systems von innen erreichen, möglicherweise sehr wohl aber die Flankierung einer allmählichen

Reformierung in Richtung Demokratie. Denn die ständigen Beteuerungen der Regierung, die Behördenwillkür eindämmen und die Rechtsbindung der Politik durchsetzen zu wollen, können mindestens zur Verunsicherung der Bürokratie und zur Herstellung von Öffentlichkeit führen. Dies wiederum dürfte den Widerspruch zwischen rechtspolitischem Anspruch und rechtspraktischer Wirklichkeit aufdecken und die KPChina unter weiteren Reformdruck setzen.

Es gibt Anzeichen dafür, daß sich derzeit eine neue chinesische Demokratiebewegung formiert, die anders als ihre Vorgänger stärker auf eine Breiten- und Basismobilisierung der Bevölkerung setzt. Sie besteht offensichtlich aus einem landesweiten, relativ koordiniert operierenden Netz von Dissidentengruppen, die zwar klein an Zahl, dafür aber sehr entschlossen sind. Noch sehr schwach scheinen die Verbindungen dieser Dissidenten zur Arbeiterschaft und der ländlichen Bevölkerung zu sein. Dies wäre jedoch die Voraussetzung für eine schlagkräftige Opposition, die die KPChina ernsthaft in die Defensive drängen könnte. Es bleibt abzuwarten, in welchem Maße sich die regimekritischen Intellektuellen zukünftig nicht nur zu den Fürsprechern, sondern vor allem zu den Organisatoren der 'normalen' Bevölkerung machen können. Gelingt eines Tages der Schulterschuß, wie auch in Taiwan in den achtziger Jahren, so verbliebe der KPChina nur noch ein geringer politischer Handlungsspielraum für die Perpetuierung ihrer Herrschaft. Wie nun hat die Partei bisher auf diese Entwicklung reagiert, sieht man einmal von der restriktiven Behandlung des Antrags auf die Zulassung der 'Demokratischen Partei Chinas' und die zeitweiligen Inhaftierungen der couragiertesten Aktivisten dieser Initiative ab?

### *Demokratische Reformen?*

Schon lange vor dem 15. Parteitag der KPChina im September 1997 gab es regimeinterne Überlegungen zur Reformierung des politischen Systems zum Zwecke der Stabilisierung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des Modernisierungsprozesses sowie des Legitimationszugewinns für die Partei. Einige Vorschläge gelangten an die Öffentlichkeit. So berichtete die in Hongkong erscheinende Zeitschrift

*Mingbao* im August 1997 mit Blick auf den anstehenden Parteitag von einer möglichen Stärkung der regionalen Parteikongresse bei der Berufung von Parteisekretären, einer Ausdehnung des Prinzips freier und direkter Wahlen von der Dorf- auf die Gemeindeebene, später vielleicht sogar auf die Kreisebene, der Ausweitung der Aufsichtsbefugnisse der Volkskongresse gegenüber ihren jeweiligen Regierungen sowie einer Straffung bzw. Reduzierung der Ministerien.<sup>12)</sup> Positiv entschieden wurde allein über den letzten Punkt, während alle anderen Überlegungen sich zu keinen entscheidungsreifen Vorlagen des Parteitags entwickeln konnten.

Nach dem in der Frage politischer Reformen somit letztlich enttäuschend ausgefallenen Kongress vererbte die entsprechende innerparteiliche Diskussion jedoch keineswegs, sondern wurde vorsichtig weitergeführt. Mehrere Berater Jiang Zemens wurden angeblich mit „Demokratie-Studien“ beauftragt und sollen verschiedene Modelle einer verfassungsmäßigen Ordnung – anscheinend in enger Anlehnung an westliche Vorbilder – ausgearbeitet haben. Demzufolge stehen u.a. die Direktwahl des Staatspräsidenten, die schrittweise Einführung eines Parteienwettbewerbs, die organisatorische Trennung von Partei und Armee sowie eine verbesserte Ausbildung des juristischen Personals zur Umsetzung der Rechtsreformen auf der Agenda der Parteiführung. Auch eine liberalere Praxis bei der Gründung von gesellschaftlichen Vereinigungen sowie eine Lockerung des staatlichen Medienmonopols befinden sich angeblich auf der Liste der Reformer.<sup>13)</sup> Aber ist es wirklich vorstellbar, daß die KPChina ein Reformpaket schnüren und schließlich auch implementieren wird, mit dem sie ihre eigene Herrschaft in Gefahr bringt?

Schon direkte Wahlen auf der Gemeindeebene könnten die politische Mobilisierung der Bevölkerung in einem Maße forcieren, das eine kontrollierende Steuerung durch die Partei unmöglich macht. Und was passiert, wenn die Meinungsfreiheit tatsächlich realisiert würde? Wie könnte einer rapiden Organisierung regimekritischer Kräfte noch Einhalt geboten werden, wenn das Vereinigungsverbot fällt? Vor dem Hintergrund dieser Fragen macht es durchaus Sinn festzustellen, daß jene so bezeichneten poli-

12) *China aktuell* 8/97, 738.

13) *China aktuell* 7/98, 678; *China aktuell* 9/98, 896. Im Oktober 1998 verabschiedete der Staatsrat tatsächlich neue Bestimmungen zur Registrierung und Zulassung von gesellschaftlichen Vereinigungen, die jedoch noch restriktiver als die alten ausgefallen sein sollen; vgl. *China aktuell* 19/98, 1014f.

tischen Reformen, zu denen sich das Regime bisher bereit gefunden hat – die Reduzierung der staatlichen Bürokratien, die Umstrukturierung des Regierungsapparats, die Trennung von Partei und Militär sowie eine schärfere staatliche Aufsicht über das Militär, eine verbesserte Implementierung der Rechtsreformen – vor allem dem Versuch einer Effizienzsteigerung im Rahmen des technokratischen Politikansatzes der jetzigen Führungselite geschuldet sind. Der entscheidende Schritt, nämlich die Abkehr vom alleinigen Machtanspruch der KPChina im Staat, wird durch solche Reformen nicht vollzogen.

### ■ **Schlußfolgerungen**

Das Nachdenken über politische Reformen und der Kampf für sie im heutigen China bedingen sich wechselseitig und sind letztlich Konsequenzen eines fortschreitenden gesellschaftlichen Wandels, der die Intellektuellen und die politischen Akteure ständig herausfordert und zum Handeln antreibt. Im Kontext einer entstehenden chinesischen Wettbewerbswirtschaft muß zudem folgendes beachtet werden: Chinas Liberale haben heute im wahrsten Sinne des Wortes ‘Konjunktur’, denn die Kritik am Zustand des „Sozialismus chinesischer Prägung“ und die Formulierung von Konzepten der Ausgestaltung seiner politischen Zukunft ist ganz offenkundig nicht allein dem Sendungsbewußtsein oder der Konfliktbereitschaft einer kleinen Elite zu verdanken. Diese Elite bedient sich vielmehr auch eines bestehenden *Marktes* für Herrschaftskritik und befriedigt die nicht zuletzt monetär zu beziffernde Nachfrage einer frustrierten und insbesondere in den Städten mutiger werdenden Bevölkerung nach Offenheit und strukturellen Veränderungen des sozialen und politischen Systems. Dies drückt sich nicht nur in den an Zahl zunehmenden regimekritischen Druckerzeugnissen aus, sondern auch in den erfolgreichen Initiativen der Intellektuellen während der letzten Jahre, eigene Zeitschriftenverlage, Beratungsagenturen oder ‘Forschungsinstitute’ zu gründen – Projekte, bei denen sie oft mit der neuen privaten Unternehmerschicht eng zusammenarbeiten. Auf diesem Weg sind die Intellektuellen selbst ‘politische Unternehmer’ geworden, die auf dem Rücken einer noch immer einflußreichen Mandarinatstradition Waren anbieten,

welche unter dem Eindruck der bestehenden Problemlast und der individuellen Unzufriedenheit im China der dritten Reformdekade auf reichlichen Absatz stoßen. Gleichzeitig arbeiten viele liberal denkende Intellektuelle in Institutionen, die finanziell oder personell eng mit dem KP-Regime verbunden sind. Von hier aus können sie ihre Vorstellungen verbreiten, ohne ernste Sanktionen befürchten zu müssen. Auf diese Weise unterminieren jedoch auch sie das Herrschaftsmonopol des Regimes, selbst wenn sie einmal mit dem Ziel angetreten sein sollten, dessen Macht zu stabilisieren.

Es wäre allerdings trotz des Gesagten voreilig zu behaupten, das politische Denken in der VR China steuere geradewegs auf die Verwirklichung des westlichen Demokratiemodells zu. Richtig ist, daß Gewaltenteilung und die Herrschaft des Rechts, freie Wahlen, soziale Gerechtigkeit und der Schutz der Menschenrechte ganz oben auf der Wunschliste von Chinas Liberalen und der politisierten Öffentlichkeit stehen; aber auch für den Nationalismus als Ausdruck intellektueller Selbstbefindlichkeit, als Ideologiemerkmal für eine ausgehöhlte sozialistische Lehre und als 'Glaubensbekenntnis' einer durch Jahrzehnte der widersprüchlichen Indoktrination von der KPChina weitgehend entfremdeten Bevölkerung ist (noch) genügend Raum. Der Nationalismus appelliert an den Zusammenhalt des nationalen Kollektivs zugunsten von Prosperität und Sicherheit für die chinesische Gesellschaft, knüpft also an etatistische Vorstellungen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts an. Seine Bedeutung für das heutige China ist keinesfalls zu unterschätzen. Es spricht einiges dafür, daß sich Nationalismus und Liberalismus zukünftig miteinander verbünden. Aber noch ist nicht klar, wie die daraus resultierende Gesellschaftskonzeption für ein postsozialistisches China aussehen würde. Ausgeschlossen scheint allein, daß der Nationalismus den Liberalismus verdrängen wird, und der Bevölkerung damit noch einmal eine Ideologie erfolgreich okroyiert werden könnte, die den Interessen des Staates *prinzipiell* Vorrang vor den Interessen des einzelnen Bürgers einräumt, wie dies der Sunyatsenismus und der Maoismus forderten.

Die KPChina ihrerseits hat sich auf politische Reformen festgelegt und will auf diese Weise ihre

Herrschaft neu legitimieren. Dabei steht ihr Machtmonopol bisher noch nicht zur Disposition. Ob sie jedoch die Kontrolle über einen politischen Reformkurs behalten kann, wenn sie ihn tatsächlich systematisch einschlagen sollte, ist fraglich. Wie bereits gesagt, könnte schon die Ausweitung des Wahlprinzips auf die Gemeinde- und Kreisebene eine qualitative Grenze für die Überlebensfähigkeit des KP-Regimes sein. Die im Reformkontext von Chinabeobachtern häufiger zitierte Möglichkeit einer institutionalisierten 'Binnenpluralisierung' der KPChina dürfte die Partei am Ende wohl stärker in Richtung einer unversöhnlichen Fragmentierung und damit Spaltung verändern, als es sich die jetzige Führung ausmalen will.

Gleichzeitig scheint sich eine neue Demokratiebewegung zu formieren, die national vernetzt ist, auf Basismobilisierung setzt und das Regime mit seinen eigenen Waffen herausfordert – der Herrschaft des Rechts, der Trennung von Staat und Partei, der Korruptionsbekämpfung, der Rechenschaftspflichtigkeit der politischen Klasse und der Ausdehnung der Wahlfreiheit. Eine solche Bewegung läßt sich nach aller historischen Erfahrung nicht ständig das Tempo vorgeben – sie bestimmt es irgendwann selbst. Wenn die KPChina also trotz politischer Reformen an der Macht bleiben will, dann muß sie – will sie auf fortgesetzte Gewalt und Unterdrückung verzichten – der politischen Opposition stets einen Schritt voraus sein. Im Ergebnis zwingt dies aber zu immer weitergehenden Reformen.

Vielleicht sollte die KPChina nach Taiwan blicken und die Erfolgsgeschichte ihrer Erzrivalin, der *Guomindang*, noch einmal Revue passieren lassen. Diese konnte ihre politische Macht auf der nationalen Ebene bis heute behaupten, nachdem sie sich Mitte der achtziger Jahre zu einer demokratischen Öffnung entschlossen hatte und diese – unter dem Eindruck einer rasch stärker werdenden Oppositionsbewegung – nicht mehr weiter bekämpfte, sondern selbst vorantrieb. Ein vergleichbarer Reformprozeß 'von oben' müßte in der VR China aufgrund der im Vergleichsmaßstab sicherlich überdimensionierten Problemlage vielleicht viel stärker graduell als in Taiwan erfolgen, aber er muß bald beginnen und dann stetig und kalkulierbar sein. Solange die



14) *The Economist*, 5. Dezember 1998, 72f.

KPChina diesen Weg nicht geht und ständig zwischen programmatischen Ankündigungen einer begrenzten („sozialistischen“) Demokratisierung und restriktiven Politikstrategien schwankt, wie sich an der Verhaftung des Dissidenten Xu Wenli – eines der maßgeblichen Protagonisten der ‘Demokratischen Partei Chinas’ – Ende 1998 erneut zeigte<sup>14)</sup>, gefährdet sie nicht nur die innenpolitische Stabilität Chinas, sondern auch ihre eigene Zukunft.

### ■ **Ausblick: Kann die chinesische Exilopposition eine Rolle bei der Demokratisierung Chinas spielen?**

Anfang Dezember 1998 besuchte der prominente Dissident Wei Jingsheng, der oft als ‘Vater’ der chinesischen Demokratiebewegung bezeichnet wird und seit Ende 1997 im US-amerikanischen Exil lebt, erneut Deutschland. Kurz vor seiner Teilnahme an einem Kongreß von Amnesty International stellte er sich im Rahmen einer chinawissenschaftlichen Tagung am Ost-West-Kolleg in Köln-Brühl einer Diskussion über „Wege vom Dissidententum zu einer konstruktiven Opposition in China“. Dabei wurde deutlich, daß Wei der derzeitigen innerchinesischen Demokratiebewegung keinen besonderen Stellenwert einräumt und diese als isoliert und relativ bedeutungslos einstuft. Seiner Ansicht nach ist der Druck der KPChina noch immer viel zu groß, als daß sich hier wirklich eine organisierte Bewegung etablieren könnte. Der ebenfalls an der Diskussion teilnehmende, kurz zuvor aus der VR China ausgewiesene Spiegel-Korrespondent Jürgen Kremb bestätigte diese Einschätzung. Beide bezeichneten die Versuche der Gründung einer ‘Chinesischen Demokratischen Partei’ als Starts von ‘Versuchsballons’, mit denen einige wenige furchtlose Dissidenten die Toleranzbreite der KPChina austesten wollten, ohne daß sie selbst wirklich an den Erfolg ihrer Bemühungen glaubten. Wei bezeichnete die Einigung der Exilbewegung und ihre enge Zusammenarbeit mit der innerchinesischen Opposition als Voraussetzung für eine erfolgreiche Demokratisierung Chinas. Seine zukünftige Arbeit in den USA will er vor allem auf das erste Teilziel ausrichten. Auf Nachfrage erklärte er, es bestünden Kontakte zwischen der Exiloppo-

sition und der innerchinesischen Demokratiebewegung, doch konnte oder wollte er nicht konkretisieren, welcher Art diese Kontakte seien.

Die Einigung der chinesischen Exilopposition ist eine Mammutaufgabe. Die zahlreichen Gruppierungen in den USA und Europa haben zwar in letzter Zeit wieder Anzeichen von interner Kooperationsbereitschaft erkennen lassen, doch sind sie noch weit davon entfernt, eine Einheitsfront zu bilden, die die KPChina von außen wirksam unter Druck setzen könnte. Die Kontakte mit der innerchinesischen Opposition mögen durch die elektronischen Medien wie das Internet mittlerweile zwar enger sein als in früheren Jahren, doch gibt es keinerlei Hinweise auf eine engere oder gar systematische Kooperation. Wie unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen in der VR China eine solche Kooperation überhaupt hergestellt werden könnte, bleibt ohnehin ein Rätsel. So scheint alles auf die Reformkräfte innerhalb der KPChina anzukommen. Die historische Erfahrung in den Ländern der „dritten weltweiten Demokratisierungswelle“ in den siebziger und achtziger Jahren hat gezeigt, daß langfristige Transitionserfolge wesentlich von einem Arrangement zwischen den Reformern innerhalb des herrschenden Regimes und den gemäßigten Vertretern der Opposition abhängen. Bevor es aber zu einer entsprechenden ‘Vereinbarung’ zwischen beiden Seiten kommt, muß die Opposition über ein effektives Drohpotential verfügen. Dies ist in der VR China derzeit noch nicht der Fall und dürfte erst dann erreicht werden können, wenn es entweder den Dissidenten trotz aller Repression gelingt, maßgebliche Teile der Arbeiterschaft und der Bauern zu mobilisieren, oder wenn die Reformkräfte innerhalb der KPChina die Oberhand gewinnen und eine genuine politische Öffnung ‘von oben’ betreiben.

Dem steht jedoch ein Problem besonders hartnäckig entgegen: Im Gegensatz zu nichtsozialistischen autoritären Regimen ist die Ideologie in sozialistischen Systemen ein prekärer Blockadefaktor für eine Demokratisierung. Wenn die Ideologie nämlich die Führung durch eine einzige Partei dekretiert, dann steht mit der Abschaffung des Anspruchs auf das Herrschaftsmonopol nicht nur die Ideologie, sondern auch die Partei insgesamt zur Disposition.

Mit anderen Worten: Nur dann, wenn die KPChina es schafft, den „Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten“ ideologisch mit einem veritablen Parteienpluralismus zu versöhnen, kann sie sich zu einem demokratischen Wettbewerb bereitfinden. Dies aber scheint die Quadratur des Kreises zu sein, und hierin unterscheidet sich die Situation der VR China auch von jener Taiwans in den achtziger Jahren: Die ‘Drei Volksprinzipien’ Sun Yat-sens, die damalige Herrschaftsideologie der GMD, schlossen eine *genuine* Demokratisierung nicht aus, sondern sahen sie sogar programmatisch vor. Dies konnte die GMD zum Zeitpunkt des demokratischen Wandels in Taiwan zugunsten der Zulassung von Oppositionsparteien ideologisch zu ihren Gunsten ins Feld führen. Sie sicherte sich insofern ihren Anspruch, auch in der demokratischen Ära eine politische Rolle zu spielen, nicht zuletzt durch ideologische Konsistenz. Dieser Weg bliebe der KPChina jedoch versperrt. Der Abschied vom Sozialismus müsste grundsätzlich sein. Ohne diesen Abschied wird es aber trotz der Formel von der ‘sozialistischen Demokratie’ nicht gehen. Denn eine Demokratie mit nur einer einzigen Partei ist und bleibt ein Widerspruch in sich.